

Auszug aus der Niederschrift über die 08. Sitzung der Bürgerschaft am 03.12.2020

Zu TOP: 9.5

Den Sonntagsreden Taten folgen lassen - Azubiticket für die Hansestadt Stralsund und ganz Mecklenburg-Vorpommern

Einreicher: Michael Liebeskind, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0195/2020

Herr Liebeskind begründet den Antrag ausführlich.

Herr Quintana Schmid erklärt, dass seine Fraktion den Antrag unterstützen wird. Aus seiner Sicht sollten aber nicht nur Auszubildende, sondern auch Studierende von dem Ticket profitieren können.

Herr Würdich teilt mit, dass sich die Verantwortlichen bereits im September dieses Jahres zusammengesetzt haben. Das Azubiticket wird es ab dem 01.02.2021 geben.

Herr Haack teilt für seine Fraktion mit, dass auch diese dem Antrag grundsätzlich zustimmen wird. Dennoch stellt er den Änderungsantrag, Punkt II des Antrages zu ergänzen:

- (II) Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund fordert Ihren Oberbürgermeister auf, die unverzüglich bedarfsangepasste Umsetzung erfolgter Ankündigungen gegenüber der Landesregierung einzufordern; dabei ist auf einen symbolischen Betrag der Wirtschaft für ein solches Azubiticket hinzuweisen.

Der Präsident der Bürgerschaft stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung:

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt

Damit ist dem Änderungsantrag nicht stattgegeben.

Nachfolgend stellt Herr Paul den Ursprungsantrag AN 0195/2020 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

- (I) Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund begrüßt die zu Beginn des Jahres 2020 durch führende Vertreter der Landesregierung verkündete Einführung eines Azubitickets. Zwischenzeitlich haben benachbarte Bundesländer dieses Azubiticket weitgehend umgesetzt. Die Umsetzung erfolgter Ankündigungen auch in Mecklenburg-Vorpommern ist nicht nur eine Frage der Glaubwürdigkeit, sie ist geboten, damit Mecklenburg-Vorpommern im Allgemeinen und der Hansestadt Stralsund im Speziellen kein weiterer Wettbewerbsnachteil zu anderen Gebietskörperschaften entsteht.
- (II) Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund fordert Ihren Oberbürgermeister auf, die unverzügliche Umsetzung erfolgter Ankündigungen gegenüber der Landesregierung einzufordern; dabei ist auf einen symbolischen Beitrag der Wirtschaft für ein solches Azubiticket hinzuweisen.
- (III) Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund fordert Ihren Oberbürgermeister auf, zu möglichen offenen Fragen zur Umsetzung eines Azubitickets das Gespräch mit den für die Hansestadt Stralsund maßgeblichen kommunalen Vertretungen zu suchen.

Hierbei sind die Aufteilung der Kosten zwischen Land, Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen und die mögliche Einführung eines Digitalfahrscheins zu diskutieren.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2020-VII-08-0399

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Gaby Ely

Stralsund, 18.12.2020